

Schluss mit Wahlkampf beim Bau-Turbo!

Den Wählern und Wohnungssuchenden in den Städten ist es völlig egal, von welcher Partei der Bau-Turbo angeschoben wird, ärgert sich Rechtsanwalt Mathias Hellriegel.

Die Lösung gegen angespannte Wohnungsmärkte liegt auf dem Tisch. Sie wurde beim Wohnungsgipfel 2023 beschlossen und neun Monate später vom Bundeskabinett verabschiedet – es ist der Bau-Turbo. Schneller soll es gehen, Bebauungsplanverfahren entbehrlich sowie Aufstockungen und Umnutzungen von Bürogebäuden unbürokratisch ermöglicht werden. Das Problem ist, dass die Koalition platzte und die Reform des Baugesetzbuchs dem Diskontinuitätsgrundsatz zum Opfer zu fallen droht. Mit der Neuwahl verfallen nicht beschlossenen Gesetzentwürfe.

Die SPD-Bauministerin Klara Geywitz verfügt über keine eigene Mehrheit mehr im Parlament und ist auf Stimmen der Opposition angewiesen.



Mathias Hellriegel. Quelle: Hellriegel
Rechtsanwälte

Offen ist auch, ob überhaupt die eigenen Reihen geschlossen hinter ihr stehen. Denn Grummeln war sowohl von den Parteigenossen zu hören, die sich vor allem eine Verpflichtung zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum wünschen, als auch von den Grünen, die den Bau-Turbo als Spekulationsturbo verunglimpfen. Dabei ist die Sorge unberechtigt, setzt die Anwendung des Bau-Turbos doch die Vereinbarkeit mit öffentlichen Interessen und vor allem die Zustimmung der Gemeinde voraus. Beides ermöglicht es den Kommunen, die Anwendung des Bau-Turbos von der Schaffung von Sozialwohnungen und der Übernahme sozialer Folgekosten abhängig zu machen. Die kooperativen Baulandmodelle stehen hierfür landauf landab als Vorbild zur Verfügung.

Kurz vor Weihnachten hat die CDU ihre eigene Version des Bau-Turbos in den Bundestag eingebracht, die sich nur in Nuancen von der Fassung der Bauministerin unterscheidet. Zuvor hatten ihre Vertreter schon in der Anhörung zur Novelle des Baugesetzbuchs im Stadtentwicklungsausschuss zu Recht darauf hingewiesen: „Baurecht ist nicht schwarz, rot oder grün.“ Alle sollten bemüht sein, diese Novelle sehr schnell im Sinne der Baukonjunktur über die Hürde zu bringen. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Den Wohnungssuchenden in den Städten ist jetzt auch vollkommen egal, wessen Bau-Turbo verabschiedet wird. Die demokratischen Parteien sind aufgerufen, sich zusammenzurufen und zu beschließen, was doch allgemeiner Konsens ist. Wir können es uns schlicht und ergreifend nicht leisten, jetzt noch mal ein Jahr zu warten, bis die Neuwahlen stattgefunden haben, sich eine neue Koalition gefunden hat und diese einen weiteren parlamentarischen Anlauf nimmt. Die Bewohner in den Städten brauchen keine Atempause, sie brauchen Luft zum Atmen in neuen Wohnungen.